Nr. 28 — Jahrgang 19 | Einzelnummer 0,20 Zl. | Sonnabend, den 4. Februar 1933

Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Geschäftsstelle der „Volksstimme" Bielsko, Republikanska Nr. 41. — Telefon Nr. 1294

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Abonnement: Vierzehntägig vom 1. bis 15. 2. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). — Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 2097

Ausnahmerecht gegen die Kommunisten

Demonstrations- und Versammlungsverbot der K.P.D. in Preußen, Thüringen, Anhalt und Oldenburg
Beschlagnahme von Material im Karl Liebknecht-Haus — S.P.D.-Demonstration im Lustgarten verboten!

Berlin. Reichsminister Göring hat in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für das preußische Innenministerium ein Demonstrationsverbot für die Kommunistische Partei und die ihr angeschlossenen Organisationen erlassen. Das Demonstrationsverbot gilt ab sofort.

Die badische Regierung hat die Polizeibehörden angewiesen, Demonstrationen staatsfeindlicher Organisationen zu verbieten, falls von diesen bei Umzügen Beschimpfungen gegen die Reichs- und Landesregierung geäußert werden oder die öffentliche Sicherheit gefährdet ist. Die Polizeidirektion Pforzheim hat bereits sämtliche kommunistischen Demonstrationen verboten.

Die anhaltische Staatsregierung hat mit sofortiger Wirkung alle Umzüge und Versammlungen der Kommunistischen Partei und ihr nahestehender Organisationen verboten.

In Anlehnung an das preußische Demonstrationsverbot hat auch die Thüringer Regierung mit sofortiger Wirkung ein Demonstrationsverbot für die KPD und ihre Nebenorganisationen erlassen. Auch Geländeübungen dieser Partei sind verboten. Daneben bleibt das für Thüringen ausgesprochene Verbot jeglicher Demonstrationen gegen die Reichsregierung aufrecht erhalten.

Das Ergebnis der Durchsuchung im Karl Liebknecht-Haus

Berlin. Die polizeilichen Durchsuchungen im Karl Liebknecht-Haus und an weiteren 26 Stellen der Stadt führten am Donnerstag zur Beschlagnahme großer Mengen kommunistischer Druckschriften verbotenen Inhalts. Es wurden mehrere Tausend Exemplare solcher Schriften gefunden, in denen zum bewaffneten Aufstand und zum Generalstreik aufgefordert wird. In einem Teil der Flugblätter werden Polizei und Reichswehr zum Ungehorsam aufgereizt. Im Karl Liebknecht-Haus selbst wurden auch Schriften der verbotenen Gottlosenbewegung beschlagnahmt.

*

Halle. Auch in verschiedenen kommunistischen Geschäftsstellen in Mitteldeutschland, so u. a. im „Klassenkampf"-Gebäude in Halle, fanden am Donnerstag polizeiliche Durchsuchungen statt, über deren Ergebnis jedoch noch nichts bekannt ist.



Französischer Staatsmann fordert Revision des Versailler Vertrages

Pierre Cot, der in letzter Zeit vielgenannte Unterstaatssekretär im französischen Auswärtigen Amt, will in Genf die Ernennung einer Kommission durch den Völkerbund vorschlagen, der die Aufgabe zukommt, sich über die „Opportunität" der Revision auszusprechen.

Die blutigen Zusammenstöße dauern an

Berlin. Im ganzen Reich kam es neuerlich zu politischen Zusammenstößen und Ausschreitungen, die u. a. in Hamburg 4 Verletzte, in Witten a. R. 4 Schwer- und 7 Leichtverletzte, in Duisburg ein Todesopfer, in Altona ein Todesopfer und 7 Verletzte und in Karlsruhe einen Schwerverletzten forderte.

Verbot der SPD-Kundgebung im Lustgarten

Berlin. Die für Sonntag geplante SPD-Kundgebung im Lustgarten ist vom Polizeipräsidenten verboten worden. Eine Begründung des Verbots liegt noch nicht vor.

Bolschewistenschreck!

Der Reichstag ist aufgelöst, Neuwahlen für den 5. März ausgeschrieben. Die „nationale Regierung" Hitler—Papen—Hugenberg, konnte das Zentrum als Bundesgenossen nicht heranziehen und wußte, daß sie damit vor dem Reichstag eine Niederlage erleiden wird. Was Schleicher mit dem Nationalsozialismus nicht gelang, ist Hitler nicht mit dem Zentrum gelungen. Aber es ist bezeichnend, daß jetzt bekannt wird, daß sich die „Nationale Front" ihre Galgenfrist für 12 Monate erkaufen wollte, indem Hitler vom Zentrum eine einjährige Vertagung des Reichstags forderte. Ein Jahr ohne parlamentarische Kritik an der Korruption der „nationalen Regierung", das war das Ziel des neuen Kurses in Deutschland. Zu einem solchen Vorhaben hat sich das Zentrum nicht mißbrauchen lassen, darum die Reichstagsauflösung in der Zuversicht, daß der „Staatsapparat" schon dafür sorgen werde, daß eine Mehrheit für den „neuen Kurs" zustande kommt. Auch ein Wahlschlager ist schon gefunden, Deutschland soll vom Schrecken des Bolschewismus verschont werden und darum macht man auch sofort bei den „Bolschewisten" eine Anleihe, um in zwei „Vierjahresplänen" endgültig die deutsche Bauernnot und die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Erst die Bauernnot, dann kommen die Arbeitslosen dran, so verkündet es Hitler im Radio, als Aufruf an das deutsche Volk und malt den Schrecken des Marxismus in allen Tonarten aus. Gläubige wird auch er kaum finden, wohl aber Nachbeter, die da glauben, daß deutsche Not so ganz ohne Hilfe des Auslandes beseitigt werden kann. Ein Programm der politischen Phrase, nichts anderes, für den Wahlkampf geschaffen, der trotz allen Terrors diesem Kurse keine Mehrheit durch Neuwahlen sichern wird, wie man das im Kreis um Hindenburg erwartet. Diese traurige Erfahrung hat schon das Kabinett Papen machen müssen und Schleicher ist am „nationalen Willen" der nationalsozialistischen Führung gescheitert.

Eine Welle blutiger Zusammenstöße provoziert von Nationalsozialisten und propagiert von den Kommunisten durch die sinnlose Generalstreiksparole zieht durch Deutschland, der kleine Bürgerkrieg ist im vollen Gange, und durch die Ausschreibung von Neuwahlen ist die Gefahr gegeben, daß sich diese Zusammenstöße noch verschärfen, die schließlich zum Verbot der Kommunistischen Partei führen sollen. Aber nicht das allein, auch der Sozialdemokratie droht man bereits mit dem Verbot des Berliner Zentralorgans, des „Vorwärts", wie der Goebbelssche „Angriff" und der „Völkische Beobachter" zur gleichen Zeit zu berichten wissen. Hitler will nichts von seinen früheren Versprechungen wissen, hat jetzt mit Billigung der Papen und Hugenberg sein Wahlprogramm veröffentlicht, ein Großwahlkampf steht bevor, indem es ums Ganze geht, aber auch um die Person des Reichspräsidenten, der zwar Schleicher die Vollmachten nicht geben wollte, die er jetzt Hugenberg—Papen gab, um Hitler an die Macht restlos zu bringen und sich der Bürde der Reichspräsidentenschaft zu beheben. Beim Rücktritt Schleichers haben wir bereits erwähnt, daß es auch für eine andere „nationale Regierung" keinen anderen Ausweg gibt, als Ausschreibung von Neuwahlen, weil dieser Reichstag nicht arbeitsfähig ist und zwar nur durch die Mandatsverhältnisse der Nationalsozialisten und Kommunisten, die bei jeder Kombination um Mehrheitsverhältnisse den Ausschlag geben. Die Frist der Neuwahlen ist darum nur um einige Tage verschoben worden, dafür aber die Gefahr des Bürgerkrieges gestiegen, die unter Führung von Schleicher sicherlich nicht in dem Maße gegeben war. Hindenburg ist, wie hier schon oft dargelegt wurde, auch in diesem Falle, schlecht beraten worden. Das werden die nächsten Wochen beweisen. Die Neuwahlen selbst, die jetzt auch noch mit Neuwahlen zum preußischen Landtag verbunden werden, bringen keine klare Entscheidung. Das ist der kritische Punkt in der kommenden Entwicklung, die wahrscheinlich zur Ausschaltung der Volksvertretung und zu einer einseitigen Diktatur Hitlers führen wird, denn daß er lange die Macht mit Hugenberg und Papen wird teilen wollen, ist mehr als zweifelhaft. Der Verlauf des Wahlkampfes wird das beweisen, daß die „nationale Front" im Kampf gegen den Marxismus, ein sehr brüchiges Gebilde ist.

Als bei der Berufung Hitlers zum Reichskanzler hier dargelegt wurde, daß es der Kampfruf gegen Alle ist, der insbesondere gegen die Weimarer Verfassung und die republikanische Staatsform gerichtet ist, war noch nicht zu über-

Reichstagsneuwahlen am 5. März

Freie Hand für Hitler — Gemeinsames Vorgehen der „Regierungsparteien"?

Berlin. Der Reichspräsident hat am 1. Februar folgende Verordnung erlassen:

„Nachdem sich die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit als nicht möglich herausgestellt hat, löse ich auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf, damit das deutsche Volk durch Wahl eines neuen Reichstages zu der neugebildeten Regierung des nationalen Zusammenschlusses Stellung nimmt.

Durch eine weitere Verordnung vom heutigen Tage wird als Wahltermin der 5. März 1933 bestimmt".

Die Regierungsparteien vor dem Wahlkampf

Berlin. Die Regierungsparteien sind sich noch nicht darüber einig geworden, welche Form ihr Zusammengehen im Wahlkampf annehmen wird. Es ist selbstverständlich, daß alle Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze, die im früheren Wahlkämpfen sehr heftig aufeinanderprallten, jetzt ganz zurückgestellt werden. Aber ob es zu einer Einheitsliste kommt oder ob die Parteien selbständig aber natürlich Schulter an Schulter kämpfen werden, ist noch nicht entschieden.

Es ist auch noch nicht zu erkennen, wie sich die Mittelparteien verhalten werden. Anzunehmen ist, daß sie sich aller Vergünstigungen untereinander bedienen werden, zu denen das Wahlrecht die Möglichkeit bietet, um auf diese Weise eine Anzahl Mandate zu erobern, die dann, wenn die Regierungsparteien die erhofften 51 Prozent nicht bekommen, von ausschlaggebender Bedeutung werden könnten. Der Deutsche Nationalverein, die unlängst geschaffene Organisation, die sich hauptsächlich auf die Volkskreise stützt, die ihre parlamentarische Vertretung in den Parteien der Mitte suchen, nimmt in einem Aufruf zur politischen Lage Stellung und fordert die Zusammenfassung einer geschlossenen Front aller volksbürgerlichen Gruppen. In dem gleichen Sinne äußert sich die Organisation „Nationaler Mittelstand".

Auflösung des Preußischen Landtages durch Notverordnung?

Berlin. Zur bevorstehenden Auflösung des Preußischen Landtages wird, wie der „Völkische Beobachter" mitteilt, amtlich der Standpunkt vertreten, daß diese Auflösung, falls sie nicht mit Mehrheit oder durch das sogenannte Dreimännerkollegium erfolge, durchaus auf dem Wege der Notverordnung vorgenommen werden könne. Tatsächlich sei die Auflösung und Neuwahl in Preußen zusammen mit der Reichstagswahl am 5. März nicht mehr zweifelhaft.

Macdonald und die Weltwirtschaftskonferenz

Berlin. Ministerpräsident Macdonald hat nach einer Meldung Berliner Blätter auf die Einladung, den Vorsitz auf der Weltwirtschaftskonferenz zu führen, unter der Voraussetzung angenommen, daß die Konferenz in London zusammentritt.

sehen, welche Pläne die Hugenberg und Konsorten schmieden. Jetzt ist es auch heraus, denn das Arbeitsministerium soll verschwinden und dem Wirtschaftsminister Hugenberg einverleibt werden. Die Sozialgesetzgebung soll auf das Maß des „Erforderlichen" beschränkt werden, die Tariflöhne sollen gelockert werden und der erste Großkampf kündigt sich im Ruhrbergbau an, wo der Tarif bereits gekündigt worden ist, obgleich hierzu gar kein Anlaß vorliegt. Die Reaktion zeigt mit aller Offenheit ihre Fratze, die Zeit scheint ihnen reif, um mit dem Marxismus abzurechnen und wie dieser Kampf geführt werden soll, das hat Hitler mit brutaler Offenheit in seinem „Aufruf an das deutsche Volk" angesagt, damit den Wahlkampf eröffnet, der die vierzehn Jahre Nachkriegszeit mit all ihren Folgerungen als „Erbsünde des Marxismus" bezeichnet, ihn indirekt auch als den Schuldigen am deutschen Zusammenbruch verantwortlich macht. Die bolschewistische Gefahr wird in allen ihren Folgerungen hervorgehoben, aber zugleich auch versichert, daß alle bisherigen Parteien uneingeschränkte Wahlfreiheit erhalten, auch die Kommunisten, denn diese braucht man ja, wie früher beim „Roten Volksentscheid", als Bundesgenossen der Reaktion und es sei zugleich beigefügt, als Provokateure im Bürgerkrieg, gegen den die „Eiserne Front" bisher mit Erfolg einschreiten konnte. Denn die blutigen Zusammenstöße sind wohl überwiegend zwischen Nazis und Kommunisten ausgetragen worden. Es besteht die Gefahr, das sei nochmals betont, daß der Wahlkampf solch blutige Formen annimmt, daß es überhaupt nicht zur Reichstagsneuwahl kommt und den heutigen Machthabern eine willkommene Gelegenheit geboten wird, ohne Reichstag zu regieren und sei es nur, wie es Hitler vom Zentrum erlangen wollte, für 12 Monate.

Das deutsche Volk hat die Entscheidung. so betont Hitler in seinem Wahlaufruf der „nationalen Front", die unter dem Segen des Reichspräsidenten erfolgt ist. Das Ziel ist sehr eindeutig, die heutigen Machthaber wollen in zwei „Vierjahresplänen" Deutschland gesunden, es vor dem Bolschewismus retten. Das Deutschland der Reaktion vor 1914 soll wieder auferstehen. Die neuen Machthaber und ihre militärischen Berater haben aber den Gang der Weltereignisse ganz übersehen, werden schon in den nächsten Wochen aus ihren Illusionen erwachen, wenn die internationalen Konferenzen Beschlüsse fassen, die sich sehr wesentlich von den Vierjahresplänen der Hugenberg-Papen unterscheiden. Deutschland kann nur im Rahmen der Weltwirtschaft gesunden, denn wohl kann es sich selbst ernähren, nicht aber seine Industrieprodukte verbrauchen, und so bleibt auch der „Vierjahresplan", dessen Einzelheiten noch nicht bekannt sind, eine traumhafte Politik. Nun, Hitler war so frei, den Kampf allen anzusagen, die nicht auf sein Programm schwören, Warten wir ab, was aus dieser Politik wird. Wir erinnern nur an die Politik der Annexionisten, die noch 1917 die halbe Welt erobern wollten und schließlich beim Schmachfrieden von Versailles endeten. Das gleiche Schicksal droht Deutschland durch die „nationale Konzentration". Wir wiederholen, was hier schon gesagt worden ist, die deutsche Arbeiterschaft ist auch heute noch ein Machtfaktor, die sich diese Provokationen nicht gefallen lassen wird und ihrerseits den Kampf, um die Befreiung aus diesen reaktionären Fesseln der Hugenberg-Papen-Hitler, führen wird. Die Gefahr des Bürgerkrieges naht mit schrecklicher Deutlichkeit, es hängt vieles von den Kommunisten ab, ob sie von ihren Wahnsinnsparolen abgehen oder den Provokateuren der Hitlerprätorianer in die Hand arbeiten und dadurch die gesamte Arbeiterbewegung schädigen. Die Illusion der „Weltrevolution" und der dauernden Generalstreiks ist im Augenblick die größte Gefahr, und diese braucht die „nationale Front", um mit dem Bolschewistenschreck den Wahlkampf bestreiten zu können.

—ll.

Neuwahlen in Hessen?

Naationlsozialisten und Kommunisten beantragen Auflösung des Landtags.

Darmstadt. Der hessische Landtag ist auf Montag, den 6. Februar 12 Uhr mittags zu einer Plenarsitzung einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein nationalsozialistischer Antrag auf Auflösung des hessischen Landtages und ein gleicher Antrag der Kommunisten.

Von den 70 Mandaten entfallen auf die Nationalsozialisten, Deutschnationale und Nationale Einheitsliste 35, während die Kommunisten 8 Sitze inne haben. Somit besteht die Möglichkeit, daß die Anträge auf Auflösung des Parlaments Annahme finden.



Die Regierung Hitler stellt sich vor

Von links, sitzend: Reichstagspräsident Göring, Reichsminister ohne Geschäftsbereich und Reichskommissar für den Luftverkehr — Reichskanzler Adolf Hitler — von Papen, Stellvertreter des Reichskanzlers und Reichskommissar für das Land Preußen — von links, stehend: Reichsarbeitsminister Seldte — Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung Dr. Gereke — Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk — Reichsinnenminister Dr. Frick — Reichswehrminister Generalleutnant von Blomberg — Reichswirtschafts- und Ernährungsminister Geheimrat Dr. Hugenberg.

Minderheitenfragen vor dem Völkerbund

Agrarbeschwerde geht nach dem Haag — Oberschlesische Beschwerden vertagt — Danziger Fragen in der Schwebe

Genf. Im Völkerbundsrat gab der deutsche Vertreter, Gesandter von Keller, die Erklärung ab, daß die deutsche Regierung angesichts der weiter fortbestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen der deutschen und der polnischen Regierung

über die Anwendung der Agrarreform und des Vorkaufsrechtes aus dem Besitz der deutschen Minderheit in Posen und Pommerellen sich entschlossen habe, auf Grund der Minderheitenfrage vom 28. Juni 1919 den Streitfall vor den Haager Internationalen Gerichtshof zu bringen.

Der Rat nahm diese Erklärung zur Kenntnis und beschloß, die Verhandlungen über die Agrarreform nicht weiter fortzusetzen.

In einer kurzen Erklärung behauptete der Vertreter Polens, Außenminister Beck, daß es sich bei der Agrarreform um eine wirtschaftliche und soziale Maßnahme, die auf alle Bürger in gleicher Weise angewandt werde, handele. Mit den Minderheiten habe die Angelegenheit nichts zu tun.

Scharf erinnerte der deutsche Vertreter an die Erklärungen des deutschen Außenministers vom Dezember,

daß die deutsche Regierung in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Völkerbundsrates stets das Allermöglichste tun werde, um die Minderheiten wirksam zu schützen.

Das deutsche Volk werde sich in dieser Beziehung seinen Verpflichtungen niemals entziehen. Die in dem Bericht gemachten Vorschläge würden die Diskriminierung der deutschen Minderheit nicht beseitigen. Die Tatsache, daß eine Diskriminierung vorliege, könne nicht aus der Welt geschafft werden.

Zum Schluß der Sitzung erledigte der Rat einige

oberschlesische Minderheitsfragen,

darunter den Fall des Hospitals in Rybnik, das der deutschen Minderheit gehört. Seit etwa fünf Jahren schwebt ein Streit um die Grundbucheintragung. Bei diesem wie noch zwei anderen Einzelfällen handelt es sich um die grundsätzliche Frage, ob der Völkerbundsrat sich mit einer Streitfrage befassen kann, solange sie noch vor dem ordentlichen Verfahren der lokalen Behörden steht. Zur Klärung dieser grundsätzlich wichtigen Frage wurde ein Juristenausschuß eingesetzt.

Der Völkerbundsrat hat in einer öffentlichen Sitzung zu den verschiedenen Danzig-polnischen Streitfragen, die ihm vorlagen, Stellung genommen. Es handelt sich zunächst um die polnischen Wünsche auf Aenderung verschiedener Zollvorschriften. Der Rat bestätigte die Entscheidung des Völkerbundskommissars in Danzig, der die Mehrzahl der polnischen Beschwerden zurückgewiesen hatte. Die zweite Frage betraf die Danziger Wünsche auf Anerkennung der Nationalisierung von Waren.

Auch hier bestätigte der Völkerbundsrat die Entscheidung des Kommissars, der den Danziger Anspruch auf Freizügigkeit der in Danzig nationalisierten Waren nach Polen anerkannt hatte.

In der Kontingentsfrage, in der sowohl Polen wie Danzig gegen eine Entscheidung des Völkerbundskommissars Einspruch erhoben haben, hat der Rat von einer Entscheidung vorläufig abgesehen.

Neue Völkerbundsbeschwerden der deutschen Minderheit in Polen

Genf. Die deutsche Minderheit in Polen hat am Donnerstag dem Generalsekretär des Völkerbundes eine von dem Abgeordneten im polnischem Sejm, Graebe, unterzeichnete Dringlichkeitsbeschwerde eingereicht,

die sich gegen die Entziehung der Lehrerlaubnis von 10 deutschen Schulleitern in Posen und Pommerellen richtet.

Die polnische Regierung hat diesen deutschen Schulleitern die weitere Leitung ihrer Schulbetriebe aus „pädagogischen Gründen" verboten, obwohl es sich bei den Schulleitern um Persönlichkeiten handelt, die teils seit Jahrzehnten schon an leitender Stelle des deutschen Schulunterrichts stehen und viele Jahre sogar im Staatsdienst gestanden haben und freiwillig in der letzten Zeit die Leitung der Minderheitenschulen übernommen haben. Eine Entscheidung über die Behandlung dieser Beschwerde ist noch nicht erfolgt, jedoch hat der französische Luftfahrtminister Pierre Cot von sich aus erklärt,

daß die Angelegenheit so bedeutungsvoll ist, daß die übliche Prüfung durch einen Dreierausschuß nicht genüge und einer Behandlung der Beschwerde durch einen erweiterten Fünferausschuß des Völkerbundsrates stattfinden müsse.

Der gegenwärtige Ratspräsident, der Kabinettschef Mussolinis, Baron Aloisi, wird, wie verlautet, in den nächsten Tagen einen engeren Ratsausschuß für die Behandlung der Beschwerde einsetzen.

Rostings Mandat bis zum 15. Oktober verlängert

Genf. Der Völkerbundsrat hat in einer Geheimsitzung das Mandat des vorläufigen Völkerbundskommissars Rosting zunächst bis zum 15. Oktober verlängert.

Der Berichterstatter für die Danziger Fragen, der englische Staatssekretär Eden betonte, daß die endgültige Ernennung eines Kommissars auf große Schwierigkeiten stoße, da von einer Regierung (Polen) die Ernennung des Vertreters einer Großmacht abgelehnt würde. Der deutsche Vertreter Gesandter von Keller verlangte Klärung der Frage, aus welchen Gründen der Vertreter einer Großmacht abgelehnt würde. Der französische Vertreter Massigli betonte die Notwendigkeit der baldigen Ernennung eines endgültigen Völkerbundskommissars.

Jack London

MENSCHEN DER TIEFE

57)

Der Jüngste Tag! Es gibt noch mehr Menschen, die sich danach sehnen. In allen Gegenden des Landes ertönt die Hungerklage, im Ghetto und im Bauernland, im Gefängnis und in der Herberge, im Hospital und im Arbeitshaus — ein Notschrei von all denen, die nicht genug zu essen bekommen. Er ertönt von Millionen von Menschen, von Männern, Frauen und Kindern, von Neugeborenen, von Blinden, Tauben, Lahmen, Kranken, Tagedieben und Arbeitern, Gefangenen und Armenhäuslern, vom Volk — in Irland, in England, in Schottland, in Wales —, das nicht genug zu essen hat. Und das kommt von der klaren Tatsache, daß fünf Menschen Brot für tausend Menschen produzieren können, daß ein Arbeiter Baumwollstoff für 250 oder Wollstoff für 300 Menschen, Stiefel und Schuhe für 1000 Menschen produzieren kann. Es sieht so aus, als führten die 40 Millionen Menschen ein großes Haus und führten es furchtbar schlecht. Die Einnahmen sind gut, werden aber verbrecherisch schlecht verwaltet. Wer darf behaupten, daß die Verwaltung für diesen Riesenhaushalt nicht verbrecherisch sei, wenn fünf Menschen Brot für tausend produzieren können, und doch eine Million Menschen nicht genug zu essen bekommen?

Trunksucht, Mäßigkeit und Sparsamkeit.

Man kann von der englischen Arbeiterklasse sagen, daß sie vom Bier durchtränkt ist. Die Arbeiter sind schlaff und schimmlig davon geworden; ihre Tauglichkeit ist in traurigem Maße dadurch verringert, und sie verlieren die Phantasie, die Erfindungsgabe und Schärfe, die ihrer Rasse eigen ist. Die Biertrinkerei kann kaum ein Laster genannt werden, das sie angenommen haben, denn sie sind von ihrer frühesten Kindheit daran gewöhnt. Die Kinder werden in Trunkenheit gezeugt, mit Alkohol gesättigt, ehe sie noch ihren ersten Atemzug tun, kommen zur Welt im Geruch und Geschmack von Alkohol und werden darin aufgezogen.

Wirtschaften gibt es überall. Sie florieren an den Ecken und zwischen den Ecken, und sind fast ebenso stark von Frauen besucht wie von Männern. Man kann auch hier Kinder finden, die darauf warten, daß ihre Eltern ausgetrunken haben, um heimzugehen. Die Kinder nippen an den Gläsern der Erwachsenen, lauschen auf ihre rohe Sprache und unanständige Unterhaltung, saugen die Ansteckung ein und erhalten Einblick in Zügellosigkeit und Saufgelage.

Menschen, die es lieben, davon zu reden, was „passend" sei, finden sich ebensogut unter den Arbeitern wie in der Bourgeoisie; aber eines gibt es, worüber diese Leute unter den Arbeitern nie ein böses Wort fallen lassen, und das sind die Wirtschaften. Man findet nicht, daß Erniedrigung oder Schande an ihnen oder an den jungen Frauen und Mädchen klebten, die dort hinkommen.

Ich erinnere mich, daß ich in einem Kaffeehaus ein junges Mädchen sagen hörte: „Ich trinke nie Alkohol, wenn ich im Wirtshaus bin." Sie war eine hübsche Kellnerin, und sie erklärte einer anderen Kellnerin, wo sie die Grenze für das Passende zog. Für sie war der Alkohol das Entscheidende, aber sie fand es durchaus nicht unpassend für ein anständiges junges Mädchen, Alkohol zu trinken und überhaupt diese Orte aufzusuchen.

Bier ist ein schlechtes Getränk für Frauen und Männer; aber noch schlimmer ist, daß Leute oft zu schlecht für das Bier sind. Leider aber ist es gerade ihre Schlechtigkeit, die sie es trinken läßt. Eben weil sie schlecht ernährt und kraftlos sind, und wegen der elenden Verhältnisse in ihrem Heim, entwickelt sich in ihnen ein krankhafter Drang zum Trinken. Ungesunde Lebensweise und ungesunde Arbeit erzeugen ungesunden Appetit und ungesunde Wünsche. Ein Mensch kann nicht ärger überanstrengt als ein Pferd, schlechter untergebracht und gefüttert als ein Schwein werden und sich dennoch gesunde, reine Ideale und Wünsche bewahren.

Je mehr das Heim verschwindet, desto mehr Wirtshäuser schießen aus dem Boden. Nicht nur Männer und Frauen, die überanstrengt, abgearbeitet sind, eine schlechte Verdauung haben, unter ungesunden Verhältnissen leben und von der Häßlichkeit und Einförmigkit des Lebens beschwert werden, fühlen die abnorme Lust zu trinken, sondern auch Menschen, die nur gesellig veranlagt sind, Männer und Frauen, die kein Heim haben und deshalb ihre Zuflucht zu dem strahlenden, lärmenden Wirtshaus nehmen, um ihren Drang nach Geselligkeit zu befriedigen; wenn eine ganze Familie in einer einzigen Höhle zusammengepackt ist, wird ja jede Form von Zerstreuung im eigenen Heim zur Unmöglichkeit.

Eine ganz kurze Untersuchung solcher Verhältnisse in den Wohnungen würde Licht auf eine der Hauptursachen des Trinkens werfen. Die Familie steht morgens auf, kleidet sich an und wäscht sich — Vater, Mutter, Söhne und Töchter im selben Raum —, reiben sich aneinander, denn das Zimmer ist ja nur klein. Die Hausfrau bereitet das Frühstück; und in diesem einzigen Zimmer, dessen Luft schwer und stickig von den Ausdünstungen einer ganzen Nacht ist, wird das Morgenmahl eingenommen. Der Vater geht zur Arbeit, die ältesten Kinder gehen zur Schule oder auf die Straße, und die Mutter bleibt mit den krabbelnden Kleinen zurück, um ihre Arbeit zu verrichten. Jetzt wäscht sie das Zeug für die ganze Familie und erfüllt den Raum mit Seifengeruch und Dünsten des schmutzigen Zeuges, und über ihrem Kopf hängt sie das nasse Leinen zum Trocknen auf.

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Der Diebstahl am Versöhnungstag

Der Rabbi N. in Warschau war ein frommer „Gottesmann“, der an dem religiösen Ritual streng hielt und mit gutem Beispiel voranging. Der liebe Gott wollte ihn wahrscheinlich auf eine Probe stellen und schickte ihm einen Dieb ins Haus. Als der Rabbiner nach vierundzwanzigstündigem schweren Fasten am letzten Versöhnungstag seine Wohnung betrat, erwartete ihn eine Ueberraschung: Während er in der Synagoge Gott Zebaoth um Erlösung von allen Sünden anflehte und sie auch erhielt, sandte ihm der Strafende einen Dieb ins Haus, der ihn um seine kostbarste Habe, um Silber und Schmuck, brachte. Hatte ihn der lieben Gott deshalb weniger lieb, wollte er ihm nicht dadurch seine Gnade zeigen, wie er sie Hiob gewährt hatte? Der Rabbi neigte sein Haupt vor der Allmacht und Weisheit des Herrn, murrte nicht wider ihn und verschmerzte den Verlust. Nur bei der Polizei erstattete er Anzeige — der Ordnung wegen. Vom Täter keine Spur! Aber an einem Lackkästchen fand sich ein Fingerabdruck, ein einziger. In der Fingerabdrucksammlung der Kriminalpolizei gab es keinen zweiten der Art. So wurde dieser in die Sammlung eingeordnet.

Einige Monate waren ins Land gegangen. Ein armer Warschauer Jude war in eine Diebesgeschichte verwickelt gewesen, aber man konnte ihm nichts nachweisen, denn er wurde nicht auf heißer Tat ertappt. Vielmehr stellte sich nachträglich heraus, daß jemand anderer der Dieb war und der arme Jude irrtümlicher Weise verdächtigt wurde. Wie das einmal üblich ist, wurden auch von dem armen Juden einige Fingerabdrücke abgenommen, und siehe da — der Fingerabdruck des mittleren Zeigefingers der rechten Hand war identisch mit dem Fingerabdruck am lackierten Kästchen des Rabbiners. Der Zeigefinger der linken Hand war identisch mit dem Fingerabdruck an einem lackierten Etui in der Wohnung einer alten Näherin. Ihre Doubleesachen waren die Beute eines Diebes geworden. Die Polizei hat hier einen guten Fang gemacht, denn sie schlug gleich zwei Fliegen mit einer Klappe. Der arme Jude leugnete natürlich seine Täterschaft. Das Leugnen war hier zwecklos, denn man hielt ihm die Fingerabdrücke entgegen und schließlich gestand er seine Schuld. Er wollte es aber nicht allein gewesen sein. Der große Unbekannte habe die Diebstähle vollbracht und ihn bloß als Helfer mißbraucht. In Wirklichkeit lagen die Dinge anders. Der arme Jude ging beim Rabbi ein und aus. Durch den Rabbi erhielt er die Unterstützung aus der jüdischen Gemeinde. Er hat aber nicht nur seinen Wohltäter bestohlen, nicht nur seinen Glaubensgenossen und das Haupt der jüdischen Gemeinde ausgeplündert, nein, den Versöhnungstag, das höchste jüdische Fest hatte er entheiligt. Er wußte, daß an diesem Tage in der Wohnung des Rabbiners niemand anwesend sein würde.

Und die arme Näherin? Ihr Verlust war gering; die Vorstellung, daß in ihrem Hause Einbrecher gewesen waren, hielt aber die alte Frau wie eine Zwangsidee monatelang im Banne.

Das Strafgericht in Warschau hatte sich mit diesem Fall zu beschäftigen. Die Gerichtsverhandlung fand an dem heiligen Sabbathtage statt. Der geständige Dieb stand vor dem Richter ganz eingeschüchtert u. erhielt für seine ruchlose Tat ein Jahr und 8 Monate schweren Kerkers. Wegen der ganz außerordentlichen Gemeinheit und Verwerflichkeit der Gesinnung, meinte der Richter in der Urteilsbegründung: Der Mann war unvorbestraft, doch meinte das Gericht, man könne ihm nur die Vorstrafen nicht nachweisen. Der Staatsanwalt hat ein Jahr und sechs Monate Gefängnis beantragt, das war aber zu wenig, wegen der Verwerflichkeit der Tat selbstverständlich. Eine Kerkerstrafe ist am Platze für ein solches Vergehen.

Die Ansicht des Rabbi über die Straftat und Strafzumessung erfuhr man nicht. Rabbi N. ist ein frommer „Gottesmann“ und ist zu der Gerichtsverhandlung nicht erschienen. Er konnte es nicht, weil, wie gesagt, die Gerichtsverhandlung am heiligen Sabbath stattfand. Ein Rabbiner entheiligt aber nicht den Sonnabend durch eine Gerichtssitzung. So viel Einsicht hätte das Gericht den religiösen Gefühlen des Hauptes der jüdischen Gemeinde entgegenbringen und für die Sitzung einen anderen Tag wählen können.

Geplante Arbeiterentlassungen auf Eminenzgrube

Wie es heißt, wandte sich die Verwaltung der Eminenzgrube an den Demobilmachungskommissar mit einem Antrag zwecks Entlassung von 100 Arbeitern. Der Belegschaftsrat sprach sich in einer Eingabe an die Wojewodschaft gegen diese geplanten Arbeiterentlassungen aus, die angeblich völlig unbegründet sind.

y.

Weitere Turnusbeurlaubung

Mit dem 1. Februar wurden die vom Demobilmachungskommissar genehmigten 590 Mann der Königshütte von der Verwaltung in Turnusurlaub geschickt. Anderseits wurden die bisher Beurlaubten wieder in den Betrieb aufgenommen.

k.

Beitritt sämtlicher Kohlenunternehmungen zur Kattowitzer Berg- und Hüttenunion

Die an Stelle des liquidierten Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins gegründete „Union der Berg- und Hüttenindustrie“ (Unja Polskiego Przemyslu Gorniczo-Hutniczego) in Kattowitz konnte bisher noch keine sehr intensive Tätigkeit entfalten, da sich gerade die größten Unternehmungen nach dem Verbande fernhielten. Nunmehr sind aber, wie der „Schlesiche Wirtschaftsdienst“ berichtet, in letzter Zeit folgende Verwaltungen beigetreten: Kattowitzer A.-G., Königs- und Laurahütte, Fürstl. Plessische Verwaltung und Fürstl. Donnersmarcksche Verwaltung. Damit gehören dem neuen Berufsverband sämtliche Kohlenunternehmungen Ost-Oberschlesiens, sowie des Dombrowaer und Krakauer Reviers an. Die Eisenhütten hingegen beteiligen sich nicht, da sie ihre Vertretung im „Verband der polnischen Eisenhütten“ in Warschau haben.

Die Krankenkassen in Polen vor der Pleite

Folgen der unüberlegten Fusionierung — Einschränkung aller Leistungen an die Mitglieder 30 Prozent Verwaltungskosten — 56 Bezirkskrankenkassen — Eine trostlose Situation

Die Situation in dem Krankenkassenversicherungswesen in Polen ist direkt trostlos geworden. Natürlich ist die Wirtschaftskrise schuld daran, daß die Krankenkassen finanziell abgewirtschaftet haben, aber in unserer Wojewodschaft sind die Wirkungen der Wirtschaftskrise bedeutend größer als in allen anderen Landesteilen und dennoch sind die Krankenkassen nicht passiv. Gewiß haben sie bei uns auch mit argen Schwierigkeiten zu kämpfen, aber sie verweigern die ärztliche Pflege keinem Mitglied, was in vielen Krankenkassen, besonders in dem ehemaligen Kongreßpolen der Fall ist. Aus den Berichten der polnischen Presse geht hervor, daß schwerkranke Mitglieder nicht selten von dem

Kassendiener „behandelt“ werden,

der ihnen aus der Notapotheke, gegen ihre Leiden eine Arznei gibt und schickt sie wieder nach Hause. Für die Arznei müssen die kranken Mitglieder obendrein bezahlen. Selbst die Aerzte, die anfangs Feuer und Flamme für die Zerstörung der Selbstverwaltung in den Krankenkassen waren, geben zu, daß der heutige Zustand unerträglich geworden ist, und daß die Krankenkassen nicht mehr leistungsfähig sind.

Was ist nun die Ursache des Niederganges der Krankenkassen in Polen? Zuerst, wie bereits gesagt, die

Zerstörung der Selbstverwaltung.

Die Sozialinstitute müssen unbedingt mit den Mitgliedern in

ständiger Fühlung

bleiben, wenn sie nicht in bürokratische Einrichtungen ausarten wollen. Die Mitglieder müssen Einfluß auf die Verwaltung haben und nicht umgekehrt und die Richtlinien für die Verwaltung festsetzen, damit sie weiß, wo die Grenze ist.

Man hat in den Krankenkassen in Polen experimentiert und diese nützlichen Einrichtungen direkt zum Tode experimentiert. Zuerst wurde die Selbstverwaltung ausgeschaltet und die

kommissarische Wirtschaft eingeführt,

die noch heute andauert. Wohl hat man die Herrn Kommissare wiederholt gewechselt, aber das hat die Situation nur noch verschlechtert. Jeder Kommissar kommt gleich mit Anhang und führt natürlich diesen Anhang in die Kasse ein. Der Anhang ist meistens ausgehungert und bis er halbwegs zu sich kommt, ist die Kasse am Ende ihrer Finanzkraft angelangt.

Weiter hat die Regierung das Heil der Krankenkassen in der Fusion gesehen und diese Fusion rücksichtslos durchgeführt.

Wir sind auch Anhänger einer Fusion (Zusammenlegung der kleinen Kassen), weil kleine Gebilde keine Zukunft haben, aber man muß eine Fusion verstehen. Unter keinen Umständen darf man blindlings fusionieren, ohne, daß vorher die Bedingungen für eine fusionierte Kasse geschaffen wurden. Und gerade haben diese Voraussetzungen gefehlt, was sich bitter gerächt hat.

Wenn wir nicht irren, waren vor der Einsetzung der Fusionierung der Krankenkassen gegen 363 selbständige Krankenkassen vorhanden. Das Arbeitsministerium hat sich vorgenommen, aus diesen kleinen Krankenkassen,

große Bezirkskrankenkassen zu schaffen.

Man hat angeordnet,

daß 56 Bezirkskrankenkassen geschaffen werden müssen

und hat das in verhältnismäßig kurzer Zeit durchgeführt, man möchte sagen auf Befehl. Für die Leitung einer solchen Bezirkskrankenkasse braucht man geschulte und ehrliche Kräfte und diese Kräfte fehlten. Man hat Generaldirektoren und Direktoren, dann Abteilungschefs und einen Riesenstab von Referenten und Personal angestellt. Die Leiter bekommen natürlich Direktorengehälter, die monatlich in viele Tausende Zloty gehen. Anstatt durch die Fusionierung die Verwaltungskosten zu drücken,

hat man die Verwaltungskosten erheblich erhöht.

In manchen Kassen betragen die Verwaltungskosten bis zu

40 Prozent aller Ausgaben.

Das ist ein unerhörter Zustand, der unter keinen Umständen geduldet werden darf. Durchschnittlich betragen die Verwaltungskosten in den großen Krankenhäsern 30 Prozent, eigentlich noch mehr, aber man führt das auf die Ambulanz zurück. Das sind die Folgen einer unüberlegten Fusionierung der Krankenkassen.

Man kann wohl fusionieren, aber mit Ueberlegung. Man muß das Gebiet, die Verhältnisse und die Personen in Erwägung ziehen, die der Sache zur Verfügung stehen. Natürlich muß auch die Finanzlage der betreffenden Institute berücksichtigt werden, die fusioniert werden sollen.

Man kann keine Bankerotteure zusammenfassen und gutgeleitete Kassen, einer schlecht verwalteten Kasse anhängen, denn dann geht alles zugrunde.

Es ist auch ein Unsinn zu sagen, daß in Kattowitz die Bezirkskrankenkasse geschaffen werden muß, wenn in Kattowitz ein faules Unternehmen besteht, dafür aber in Königshütte ein gut verwaltetes und gesundes Unternehmen vorhanden ist. Im letzteren Falle muß Kattowitz an Königshütte und nicht umgekehrt, angegliedert werden. Es bedarf großer Anstrengung, bis das Schlechte gut wird, während das Gute man sehr leicht vernichten kann.

Die Fusionierung wurde ohne Ueberlegung auf bürokratische Art und Weise durchgeführt und man hat die Krankenkassen zum Tode fusioniert.

Es ist daher kein Wunder, wenn die Krankenkassen in unserer Wojewodschaft von einer Fusion nichts wissen wollen. Die Krankenkasse in Myslowitz will von der Verschmelzung mit der Bezirkskrankenkasse nichts wissen und wir müssen ihr, angesichts der abschreckenden Beispiele beipflichten. Schließlich ist die Zeit für die Zusammenlegung der Kassen sehr ungeeignet. Es ist schon ratsam, man läßt die ganze Sache und verschiebt sie für bessere Zeiten.

In Polen hat man die Selbstverwaltung in den Kassen ausgeschaltet und das kommissarische System eingeführt.

Gleichzeitig hat man den Aerzten sehr viel Spielraum in den Krankenkassen eingeräumt,

als wenn die Krankenkassen nicht für die Versicherten, sondern für die Aerzte da wären. Heute sieht man ein, daß man nicht klug gehandelt hat. Wohl ist der Arzt zu Rate zu ziehen, aber sein Einfluß auf die Verwaltung ist für die Kasse unerwünscht, denn der Arzt ist hier der Nutznießer und interessiert. Die Aerzte können sich bei uns kaum beklagen, daß sie von den Kassen ausgenützt werden, denn das ist nicht der Fall.

Mag der Arzt in der Krankenkasse nur Arzt bleiben,

dann wird die Sache schon klappen. Die Regierung will jetzt den bankerotten Kassen helfen, indem sie die Leistungen einschränkt, aber das wird sie nicht mehr retten können vor dem Zerfall. Nur die Arbeitgeber haben ihre Freude an der ganzen Sache, denn sie meinen, daß die Zeit gekommen ist, der Krankenkassenversicherung ein Ende zu machen.

Zu den Beamtenkündigungen bei den Ferrumwerken

Bekanntlich hat die Verwaltung der Ferrumwerke in Zawodzie anfangs sämtlichen Angestellten bis zum 31. Dezember v. Js. aufgekündigt. Ein Teil der Beamten kam dann zur Entlassung, derweil den anderen Angestellten die Weiterbeschäftigung unter der Voraussetzung zugesagt wurde, daß ein gewisser Gehaltsabbau eintreten werde. Obgleich die in Frage kommenden Angestellten sich letzten Endes mit dieser Reduzierung einverstanden erklärten, ging trotz alledem die Kündigung bis zum 31. März d. Js. zu, mit der nach dem Gehaltsabbau kaum mehr gerechnet worden ist. y.

Deutscher Kulturbund für Polnisch-Schlesien t. z. Deutscher Alpenverein, Kattowitz

Der Deutsche Kulturbund und der Deutsche Alpenverein veranstalten am Freitag, den 24. Februar 1933, 8 Uhr abends in Kattowitz, im Saale des Christlichen Hospizes einen Lichtbildervortrag von Dr. Ernst Sorge, einem der Teilnehmer, über „Die deutsche Grönlandexpedition von Alfred Wegener 1929—1932.“ Deutsche Leistung und Tatkraft, aufopferungsvollste Arbeit deutscher Wissenschaft im Polargebiet, die Professor Wegener mit dem Leben bezahlen mußte, sollen uns eindringlich vor Augen geführt werden. Eintrittskarten zu 2 Zloty (Sitzplatz) und 1 Zloty (Stehplatz) sind im Vorverkauf in der Buchhandlung der Kattowitzer Buchdruckerei und Verlags-A.-G. und in der Geschäftsstelle des Deutschen Kulturbundes, Kattowitz, ul. Marjacka 17, zu haben. Wir bitten, den Vorverkauf zu benutzen, damit bei Bedarf ein größerer Saal beschafft werden kann.

Steuerhinterziehungsaffäre Wohlfeiler erneut vor Gericht

Am Mittwoch beschäftigte sich das Kattowitzer Gericht nochmals und zwar im Berufungsverfahren mit der Steuerhinterziehungsaffäre der Firma Wohlfeiler. Die Angelegenheit hatte in erster Instanz einen unerwarteten Ausgang genommen, da die Hauptangeklagten Wohlfeiler und Dr. Klinger freigesprochen werden mußten. Nur der Angeklagte Bartek, ein ehemaliger Angestellter der beklagten Firma wurde wegen unkorrekter und falscher Buchführung zu einer hohen Geldstrafe verurteilt. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß der Staatsanwalt s. Zt. von der Anklage gegen den Firmeninhaber Edmund Wohlfeiler Abstand genommen hatte. Inzwischen jedoch legte die Staatsanwaltschaft unerwarteter Weise Revision gegen die erfolgte Freisprechung der Beklagten Wohlfeiler und Dr. Klinger ein. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob das Vorgehen des Staatsanwalts, der seinen vorherigen Standpunkt über die Schuldfrage plötzlich änderte und seinen Revisionsantrag erst am 22. November v. Js., also nach Ablauf einer längeren Frist zustellen ließ, begründet und berechtigt sei, bezw. ob nicht indessen die sogenannte Verjährung durch Verstreichung der vorgeschriebenen Frist, eingetreten ist. Das Gericht bejahte den Standpunkt des Staatsanwalts mit der Maßgabe, daß die gerichtliche Zustellung den Angeklagten am 21. November zugegangen sei, und somit die Berufung des Anklagevertreters, die tagsdarauf erfolgte, zurecht bestehe. Im Verlauf der Berufsverhandlung zeigte es sich, daß der allein verurteilte Bartek eines Tages beim Richter vorstellig wurde und dort erklärt haben soll, die unkorrekten Bucheintragungen bezw. Buchungsvermerke auf Verlangen des Wohlfeiler und Dr. Klinger vorgenommen zu haben. Dieser Umstand dürfte wohl in der Hauptsache den neuen Standpunkt der Staatsanwaltschaft in der Steuersache Wohlfeiler erklären. Allerdings gibt Bartek über den Verlauf der Unterredung mit dem Richter eine abweichende Erklärung. Er behauptet, lediglich behauptet zu haben, die Buchführung laut Anweisung der beiden, erneut angeklagten Herren Wohlfeiler und Dr. Klinger vorgenommen zu haben, jedoch habe er, Bartek nicht behauptet, daß es sich um falsche Bucheintragungen gehandelt hätte, die man gewissermaßen von ihm erzwungen haben solle. Das Gericht sah sich veranlaßt, die Prozeßsache zu vertagen, um den Protokollanten zu verhören, der bei der richterlichen Unterredung zugegen gewesen ist und in der Lage sein dürfte, Konkretes über die Ausführungen des Bartek auszusagen.

y.

Kattowitz und Umgebung

Gang durch die städt. Kindererholungsstätte Gorzytz.

Alljährlich verschickt die städt. Wohlfahrtsabteilung beim Magistrat Kattowitz Hunderte von armen Schulkindern nach der Erholungsstätte Gorzytz zu mehrwöchentlichem Aufenthalt. Dieses Kindererholungsheim wurde am 19. Mai 1930 hergerichtet. Es handelt sich um einen Schloßumbau. Die Erholungsstätte weist eine ausgedehnte Parkanlage in einem Ausmaß von etwa 105 Hektar auf. Ringsum erheben sich prächtige, bewaldete Hügelketten. Wenige Kilometer entfernt befindet sich die Dreiländerecke Polen-Tschechoslowakei-Deutschland. Inmitten der großen Parkanlage sind

Spielplätze und Badegelegenheiten vorhanden. Das Heim ist nahezu das ganze Jahr, ausgenommen die Monate November und April, geöffnet. Dort finden vor allem blutarme und unterernährte, sowie körperlich wenig entwickelte Kinder Aufenthalt. Die Aufenthaltsräume sind so angelegt, daß ausreichendes Sonnenlicht eindringt. Alle Kinder, die für einen mehrwöchentlichen Aufenthalt im Erholungsheim vorgesehen sind, müssen sich vorerst einer ärztlichen Untersuchung unterziehen. Die Kindertransporte erfolgen in besonderen Waggons, bei ständiger Aufsicht zuverlässiger Begleitpersonen. In besonderen Fällen gewährt die Wohljahrtsabteilung minderbemittelten Eltern entsprechende Beihilfen, um für die Kleinen die erforderliche Wäsche usw beschaffen zu können. Die Verpflegung der erholungsbedürftigen Kinder erfolgt durch Stadtschwestern, denen eine besondere Leiterin zugestellt ist.

Im Kinderheim können durchschnittlich 120 Kinder untergebracht werden. Den Heiminsassen werden täglich 5 Mahlzeiten nach besonderer ärztlicher Anweisung zugeteilt. Für die erforderliche, ärztliche Verpflegung ist bestens gesorgt. Besonders zu erwähnen ist, daß alle Kinder gegen etwaige Unfälle versichert sind.

Im Vorjahr sind nach der Erholungsstätte 488 Knaben und 442 Mädchen verschickt worden, und zwar 325 Kinder der Erwerbslosen, 109 Kinder kleinerer Angestellten und Beamten, 67 Kinder von Handwerkerfamilien und 429 Arbeiterkinder. Nach Beendigung der Kur betrug die durchschnittliche Gewichtszunahme jedes einzelnen Kindes 2 bis 6 Kilogramm.

Die Gesamtausgaben für die Unterhaltung der Kinder, Entschädigung des Personals, sowie Anschaffung der erforderlichen Lebensmittel, Einrichtungsgegenstände usw. beliefen sich im Berichtsjahr 1931/32 auf insgesamt 150 857,66 Zloty. Hiervon sind aus dem bestehenden Fonds 143 657,66 Zloty, sowie weitere 7 200 Zloty als Subvention der Wojewodschaft aufgebracht worden.

Ansteckende Krankheiten sind im Berichtsjahr unter den Kindern, die nach der Erholungsstätte verschickt wurden, nicht festgestellt worden. Auch waren keinerlei Unfälle zu verzeichnen. Verschiedene Krankenkassen haben diese Aktion durch Bereitstellung von Mitteln, die für den Unterhalt und die Verpflegung der Kinder ihrer Kassenmitglieder in Gorzytz Verwendung fanden, unterstützt. y.

Festnahme eines Gauners. Arretiert wurde ein gewisser Alexander Krajczynski aus Bromberg, ulica Hermana Frankego 19, welcher zum Schaden der Firma Wyk in Kattowitz, Betrügereien verübte. Der Täter erschien vor einigen Tagen im Geschäft der Firma Wyk und stellte sich dort als Vertreter einer Optikerfirma in Bromberg vor, mit welcher Wyk in geschäftlichen Beziehungen stand. K. erbat sich den Betrag von 15 Zloty, um, wie er ausführte per Bahn nach Bromberg zu reisen. Einige Tage darauf verübte der Gauner das gleiche Schwindelmanöver. Diesmal fielen demselben 20 Zloty in die Hände. Ein drittes Mal hatte der Betrüger Pech. Man schöpfte bei der Firma Wyk Verdacht und setzte sich telefonisch mit der Optikerfirma in Bromberg in Verbindung. Dort wurde festgestellt daß Krajczynski wohl als Vertreter bei der fraglichen Firma tätig war, jedoch seit 2 Jahren zur Entlassung kam. Die Polizei hat weitere Untersuchungen in dieser Angelegenheit eingeleitet, da angenommen wird, daß der Gauner noch andere Betrügereien am Kerbholz hat. x.

Zwei Wohnungseinbrüche. Mittels Nachschlüssel wurde in die Wohnung des H. Dancinger auf der ulica Batorego 10 in Kattowitz ein Einbruch verübt. Die Täter stahlen dort aus einem unverschlossenem Fach eine Kassette mit 110 Zloty, sowie ein Sparkassenbuch der Stadtsparkasse lautend auf die Summe von 1000 Zloty. — Einen empfindlichen Schaden erlitt der Mendel Wisznic von der ulica Szopena 16 aus Kattowitz, welchem während eines Wohnungsdiebstahls 1 goldene Herrenuhr, 1 lederne Brieftasche, 2 Paar goldene Ringe, sowie verschiedene Dokumente gestohlen worden ist. Der Schaden wird auf 1550 Zloty beziffert. In beiden Fällen gelang es den Einbrechern, unerkannt mit der Diebesbeute zu entkommen. Vor Ankauf der gestohlenen Sachen warnt die Polizei. x.

Er hatte Pech. Auf frischer Tat ertappt werden konnte der 27jährige Eugen Synior aus Eichenau, welcher in Kattowitz, zum Schaden des Försters August Mende, eine Brieftasche mit einem Geldbetrag und Dokumenten stehlen wollte. x.

Statt gütlicher Einigung — 8 Monate Gefängnis. Einen argen Reinfall erlitten zwei Angeklagte, die in einer Privatklage vor Gericht erscheinen mußten. Der Richter schlug den Beiden eine Einigung mit dem Privatkläger vor, der Klage wegen schwerer Mißhandlung angestrengt hatte. Eigenartiger Weise gingen die Beklagten, ein gewisser Franz Mollik und Viktor Wloka aus Janow, auf diesen Einigungsvorschlag nicht ein, obgleich die Sache für sie wenig günstig stand. Der Richter verhörte den Privatkläger in Zeugeneigenschaft. Es zeigte sich, daß die Angeklagten auf dem Nachhausewege dem Kläger eines Tages arg zugesetzt hatten, so daß dieser erhebliche Verletzungen davontrug. Die Beklagten bestritten einfach alles und verlangten Freisprechung. Das gerichtliche Urteil lautete für Mollik und Wloka wegen schwerer Mißhandlung auf je 8 Monate Gefängnis. Die Hälfte der Strafe fällt unter Amnestie. Für die restliche Strafe wurde keine Bewährungsfrist gewährt. y.

Eichenau. (Beim Roddeln schwer verunglückt.) In Eichenau verunglückten ein 8jähriges Mädchen und sein Bruder dadurch, daß sie beim Rodeln von einem Fuhrwerk überfahren wurden. Mit einigen Verletzungen, die zum Glück nicht erheblich sind, wurden die Kinder nach Hause geschafft. Trotz der wiederholten Warnungen der Eltern und Lehrer, läßt das Roddeln auf den gefährlichen Straßen nicht nach. —ek.

Eichenau. (Wer nicht folgen will, der muß sitzen.) Fast täglich schreiben wir über die Schikanen seitens der Polizei gegen die Arbeitslosen, die nach den Biedaschächten um Kohle gehen. Der letzte Artikel von Eichenau über den Polizeibeamten Bielik hat bewirkt, daß die Arbeitslosen nicht mehr geprügelt werden, die Handwagen werden nicht zerstört und die Säcke zerrissen. Zum Vertreiben geht die Polizei doch, denn das ist ihr Dienst. Erwischt sie nun einen Biedagräber, so muß der Betreffende selbst die Kohle aus dem Sack ausschütten, den Sack schön zusammenlegen und mit dem Polizeibeamten nach der Polizeiwache gehen, wo er als Strafe einige Stunden im Polizeiarrest verbringen muß. Mit einer solchen Tat wird wiederum die ganze Familie in Aufregung versetzt. Die Frau wartet auf etwas Kohle und der Mann kommt nicht nach Hause. Voll Angst und Bange wird nach dem Manne Umschau gehalten, ob nicht etwa ein Unglück geschehen ist, bis die Frau schließlich erfährt, daß der Mann eingesperrt ist. Ein solches Unglück hatte am Montag ein gewisser Roskosch aus Eichenau gehabt. Wir sind der Meinung, daß auch diese Schikane die Arbeitslosen nicht abhalten wird, nach den Biedaschächten zu gehen. Die einzige Lösung wäre, allen Arbeitslosen Arbeit und Verdienstmöglichkeit zu geben. Kein Mensch möchte sich dann in den Biedaschächten zeigen. Wer hätte vor Jahren, als noch so viele Gruben in Betrieb waren, daran gedacht, ein Loch zu buddeln, um daraus das nötige Brennmaterial zu gewinnen. Die Kohle war auch billig und da konnte ein jeder sich welche kaufen, weil er verdient hat. Auch heute müßte es gehen, wenn die kapitalistische morsche Wirtschaftsordnung verschwinden möchte. *

Königshütte und Umgebung

Erweiterung der Redenberganlagen.

Die Stadt Königshütte besitzt im Verhältnis zur Einwohnerschaft sehr wenige Grünanlagen. Ganz besonders hat darunter der nördliche Stadtteil zu leiden, weil sich in diesem Teil der Stadt überhaupt kein Park befindet. Darum ist schon seit Jahren der Wunsch der Nordstadtbewohner, auch einen städtischen Park zu bekommen. Dazu benötigtes Gelände könnte von der Hüttenverwaltung in der Umgegend der Josefskirche pachtweise erworben und daselbst ein Park angelegt werden. Denn nur nach dieser Richtung hin, könnten „Lungen der Stadt" geschaffen werden.

Der Magistrat beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit einem Projekt der Leitung der Stadtgärtnerei, wonach eine nennenswerte Vergrößerung der bisherigen Redenberganlagen geplant ist. Den Plänen nach, sollen die bisherigen Schrebergärten der Skarboferme pachtweise erworben und mit dem Kosciuszkopark einverleibt werden. Inwieweit die Skarboferme der Pachtung Rechnung tragen wird, steht noch nicht fest. Doch sollen alle Schritte unternommen werden, um das Gelände von der ulica Dr. Urbanowicza über die ulica Galeckiego nach der Kattowitzer Chaussee miteinzubeziehen. Wenn die geplante Erweiterung erfolgreich sein sollte, so werden nach den Plänen zwei weitere Sportplätze, Spiel- und Badegelegenheit für Kinder, Tennisplätze und sogar ein Gondelteich angelegt. Der Magistrat hat beschlossen sich an die Verwaltung der Skarboferme zu wenden, um unter Umständen schon im Frühjahr mit den Erweiterungsarbeiten zu beginnen. k.

Er kann es nicht unterlassen. Der Erich Piechatzek von der ulica Gimnazjalna 22 wurde wegen einem Betrugsfall bei der Königshütter Polizei zur Anzeige gebracht. Unter dem Vorwand der Marie Mool in Tarnowitz einen Baukredit zu besorgen, entlockte er von ihr 80 Zloty. Ohne sein Versprechen einzulösen, ist er verschwunden. P. hatte sich vor einiger Zeit vor dem Königshütter Gericht wegen ähnlicher Betrügereien zu verantworten gehabt. Weil er versprochen hatte, jetzt ein ordentliches Leben zu führen, hat man von einer Bestrafung abgesehen. Der zur Anzeige gebrachte Betrugsfall hat aber das Gegenteil erwiesen. k.

Heute wird alles gestohlen. In den Laden des Kaufmanns Max Heimann an der ulica Bytomska wurde ein Einbruch verübt. Die Diebe entwendeten 20 Büchsen Bratheringe im Werte von 150 Zloty. — Zum Schaden des Gastwirts Brylka entwendeten Unbekannte 28 Tischdecken, im Werte von 280 Zloty. — Festgenommen wurde der 20jährige Konrad K. aus Königshütte, weil er beim Urbanczyk Walentin einen Kellereinbruch verübt und beim Kaufmann Kurt Fink Därme im Werte von 800 Zloty entwendet hat. k.

Das Mehl wird teuer. Der Preisfestsetzungsausschuß hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, den bisherigen Melpreis um 2 Groschen am Kilo zu erhöhen. k.

Aenderung in der Gewährung von Armenattesten. Seit Jahrzehnten besteht eine städtische Einrichtung, wonach Minderbemittelte bei notwendiger Prozeßführung ein Armenattest erhalten können und wobei die Kosten die Stadt trägt. Nun ist die Erteilung des Armenrechtes bei Prozeßführung in Königshütte dahin geändert worden, indem das Armenattest nur diejenigen Personen erhalten sollen, die im Sinne des Wortes als arm zu betrachten sind, und deren Einkommen bei Ledigen nicht 40 Zloty, bei Verheirateten mit kleiner Familie 80 Zloty, bei Verheirateten mit größerer Familie 100 Zloty überschreitet. Angeblich soll durch diese Staffelung vermieden, daß nicht jede beliebige Gelegenheit zur Führung von Prozessen ergriffen wird und die Stadt dafür die Unkosten zu tragen hat. Ob durch diese Maßnahmen den Prozessen Abbruch getan wird, wird erst die Zukunft beweisen müssen. Jedenfalls wäre es vorteilhafter gewesen, wenn man es bei dem alten Zustand belassen hätte. k.

Bessere Kohle für die Witwen und Invaliden der Königshütte. Wegen der vielen Beschwerden in bezug auf die Unverwendbarkeit der von der Gräfin Lauragrube von der Halde gelieferten „Kohle", hat sich die Verwaltung der Königshütte entschlossen, von Montag ab gute Hausbrandkohle an die Witwen und Invaliden zu liefern. Den Witwen wurden bei der letzten Pensionsauszahlung neue Kohlenzettel für 10 Zentner Kohle ausgehändigt. Die Invaliden erhalten ihre Kohlenzettel bei der kommenden Pensionsauszahlung. Witwen und Invaliden, denen die Unterstützungen entzogen wurden können sich im Meldeamt der Königshütte melden. Infolge der großen Belieferungszahl, werden täglich zunächst 50 Personen Kohle erhalten. Im Laufe der Zeit soll die Ausgabe auf 100 Zettel täglich gesteigert werden. k.

Schonet die Bäumchen und Sträucher. Wegen Beschädigung verschiedener Bäumchen und Sträucher, hat der Magistrat das Fahren von Kinderwagen und Schlitten in den Parkanlagen verboten. Uebertretungen werden zur Anzeige gebracht. Zum Rodeln wurde die ulica Podgorna freigegeben und ist für diesen Zweck ausreichend. k.

Siemianowitz

Fahrplanänderung. Auf der Strecke Siemianowitz—Königshütte ist für die Autobuslinie ab 1. Februar eine Aenderung des Fahrplanes eingeführt worden. Der erste Wagen fährt um 6,55 Uhr von Siemianowitz nach Königshütte ab. Von da ab einhalbstündlich bis 20 Uhr. Von 20 Uhr bis 22 Uhr verkehrt der Autobus nur einstündlich, und zwar von Siemianowitz ab um Halb und von Königshütte um Ganz. Der Sonntagsfahrplan entspricht genau dem Wochentagsfahrplan. o.

Verkehrsstörung. Am Mittwoch gegen 6 Uhr abends stürzte ein Lastauto der Laurahüttegrube auf dem Laurahütter Wochenmarktplatz infolge Lösens des Hinterrades gerade auf das Straßenbahngleis um und die ganze Ladung Koks sperrte über eine halbe Stunde den Straßenbahnverkehr. Erst nachdem das Auto abgeschleppt und der Koks weggeräumt wurde, konnten die Straßenbahnen weiterverkehren. o.

Ein herzloser Milchmann. Auf der Fitzner-, Grenz-, Knappik- und Wandastraße usw. treibt alle Tage am frühen Morgen, von 5 bis 8 Uhr, der Milchmann Mais sein Unwesen, indem er durch mörderisches Läuten die Einwohner dieser Straßen außer Rand und Band bringt. Kinder weinen, Frauen schimpfen, Männer fluchen, die Nervenkranken wollen sich aus den Fenstern stürzen, alles wegen des langanhaltenden ohrenbetäubenden Lärms seiner schrillen Glocke. Da dieser Mann, trotz alledem, seine Reklame seelenruhig weiter betreibt, haben die Hausfrauen beschlossen, keinen Viertelliter Milch mehr von ihm zu kaufen. Er wird sich also eine viel zartere Glocke anschaffen müssen, wenn er noch weiter seine Milch verkaufen will. o.

Betrüger. Im Laden des Hr. Hanke auf der Ecke Dorf-Seifertstraße erschienen zwei Männer. Der eine suchte sich ein Feuerzeug aus, welches er jedoch nicht kaufte, weil er es zu teuer fand. Nachdem sich beide entfernt hatten, mußte die Verkäuferin feststellen, daß die beiden einen Karton mit Spielkarten mitgehen hießen. Die Diebe konnten leider nicht mehr eingeholt werden. o.

Die Angestellten erhalten kein Gehalt. Die Angestellten der hiesigen Gruben haben ihr Januargehalt bis jetzt noch nicht ausgezahlt erhalten. Es besteht auch keine Aussicht, daß dieses sobald ausgezahlt wird. Seitens der Direktion haben sie den weisen Rat erhalten, in den Sparstrumpf zu greifen, als ob jeder Angestellte ein Direktor wäre. o.

Feierschichten infolge Reparatur. Auf der Laurahüttegrube sind vom Sonntag bis Donnerstag, den 2. Februar Feierschichten wegen Reparaturen auf der Kohlensieberei und an den Maschinen eingelegt worden. Am 3. Februar wird der Betrieb wieder normal aufgenommen. o.

Massenzwangsversteigerungen bei Gastwirten und Geschäftsleuten. In der nächsten Woche sind vom Finanzamt große Zwangsversteigerungen von zahlungsunfähigen Geschäftsleuten angesetzt worden. Ein Zeichen der Wirtschaftskrise, und das ist erst der Anfang. o.

Myslowitz

Eröffnung der neuen Volksschule in Myslowitz.

Am letzten Mittwoch fand in Myslowitz die feierliche Eröffnung der neuen Volksschule statt, an der verschiedene Vertreter der Stadt, des Schulwesens und der Wojewodschaft teilnahmen. Als erster ergriff der Myslowitzer Bürgermeister, Dr. Karczewski, das Wort, der zunächst alle Anwesenden begrüßte und in seiner weiteren Rede die Wichtigkeit der neuen Schule hervorhob, zumal die Zahl der Schulkinder in der letzten Zeit ganz erheblich zugenommen hat, wodurch sich der neue Volksschulbau als unbedingt notwendig erwies. Er danke vor allem für die Unterstützung, die die Wojewodschaft beim Bau der neuen Schule zukommen ließ und appellierte an den Vertreter des Wojewoden, um eine weitere Unterstützung zum vollständigen Ausbau der Volksschule. Hierauf folgte die Einweihung der einzelnen Räume.

Was den Ausbau der Volksschule anbelangt, so sei noch zu erwähnen, daß nur ein Flügel der Schule von 20 Klassen zum Unterricht fertiggestellt wurde und erst im Sommer d. Js. mit der vollständigen Fertigstellung gerechnet werden kann. Aus der Rede des Vertreters des Wojewoden, war zu ersehen, daß für den weiteren Ausbau auch eine weitere finanzielle Unterstützung von seiten der Wojewodschaft mit Sicherheit anzunehmen ist. Die inneren Ausführungsarbeiten wurden zum größten Teil von hiesigen Firmen ausgeführt. Recht geschmackvoll sind die Ausführungen des Myslowitzer Tischlermeisters Dietz, ebenso die Installationsarbeit der Beheizung, die vom Schlossermeister Kluge ausgeführt wurde und die Malerarbeiten des Malermeisters Wagner Myslowitz geben das beste Zeugnis von einer sauberen Arbeit. Der Bodenbelag, der aus Parkett besteht, wurde von der Firma Hammerlok-Kattowitz fertiggestellt. Im allgemeinen entspricht der Neubau der Volksschule, der große luft- und lichtreiche Klassenräume aufzuweisen hat, den sanitären Ansprüchen vollkommen. —sk.

Alle Arbeitslosen aus Myslowitz zur Registrierung. Sämtliche Arbeitslose aus Myslowitz, Städt. Janow, Schabelnia, Cmok, Rosalienhütte, Städt. Schoppinitz, Brzenskowitz und Slupna, die keine Unterstützung erhalten, sollen sich wenigstens einmal im Monat zur Kontrolle stellen. Für den Monat Februar ist der Kontrolltag auf den 22. in den Vormittagsstunden festgesetzt worden. Für den kommenden Monat wird der Termin noch bekannt gegeben. Alle weiteren Monate erfolgt die Kontrolle vom 1. bis 5., was noch zur Bekanntmachung gelangt. Beim Nichterscheinen erfolgt völlige Streichung aus der Evidenzliste. —ek.

Pleß und Umgebung

Jaroschowitz. (4000 Zloty Brandschaden.) In den Stallungen des Jan Choinkis brach Feuer aus, durch welches dort lagerndes Stroh sowie landwirtschaftliche Geräte im Werte von 4000 Zloty vernichtet wurden. Das Feuer wurde durch die Ortsfeuerwehr gelöscht. Es wird angenommen, daß das Feuer infolge Unvorsichtigkeit mit offenem Licht hervorgerufen worden ist. x.

Nikolai. (Was kommt zur Beratung?) Am Freitag, den 3. Februar, kommen die Stadtverordneten zur Stadtverordnetensitzung zusammen und werden über folgende Tagesordnung von 26 Punkten beraten: Einführung des Herrn Josef Kies als Stadtverordneter, 2. und 3. Kenntnisnahme der Revisionsprotokolle der Stadtkasse für Monat Dezember 1932 und Monat Januar 1933, 4. Kenntnisnahme zwecks Bestätigung des Abnahmeprotokolls des Gasofens in der städt. Gasanstalt, 5. Kenntnisnahme von der Subventionseinteilung der Stadt Nikolai für den Bau der 17klassigen Volksschule, 6. Bestätigung des Einbaus dreier Kondensatoren in den Kessel der Zentralheizung genannter Volksschule, 7. Bestätigung der Ausführung von elektrischer Beleuchtung in der genannten Volksschule, 8. Beschlußfassung der Montagekosten für den Abbau der Radiotoren, 9. Annahme der Baubilanz der genannten Volksschule, 10. Erteilung der Genehmigung zum Bau eines Wohnhauses für Herrn Augustyn Galeczka, 11. Festsetzung einer Versicherungssumme für die Stadtgemeinde Nikolai in der Baufrage der Erziehungsanstalt des Salvatorenordens, 12. Bestätigung der Ausgaben für den Bau der Wasserleitung auf der ulica Rybnicka, 13. Verpachtung einer Weidenparzelle auf der Krakauerstraße, 14. Wahl eines Vorstehers für den 6. Bezirk, 15. Festsetzung der Unterhaltssätze für die Armen im Josefsstift, 17. Beschlußfassung über die Einziehung der Kommunalsteuer von Bauplätzen für das Jahr 1933/34, 18. Beschlußfassung über die Einziehung der Kommunalzuschlagssteuern zur Staatssteuer und Grundsteuer für das Steuerjahr 1933/34. 20. Beschlußfassung über die Kommunalzuschlagssteuer von der Staatseinkommensteuer für das Jahr 1933, 21. Annahme eines Nachtragsstatuts in Fragen der Hotelsteuer, 22. Antrag auf Verkauf einer städt. Bauparzelle, 23. Tätigkeitsbericht des Stadtparlaments aus dem Jahr 1932, 24. Wahl eines neuen Stadtverordnetenbüros, 25. und 26. Erledigung von Personalfragen. ero.

Bielitz, Biala und Umgegend

Große Angestellten-Protest-Versammlung in Bielsko

Am Sonntag, den 29. Januar l. J. fand in der Restauration des Herrn Feiner in Bielsko eine vom Verbande der Industrie- und Privat-Angestellten Ostschlesiens einberufene Protestversammlung statt, welche einen starken Besuch aufwies. Die Protestversammlung wurde durch den Verbandsobmann Kam. Philipp eröffnet, welcher die zahlreich erschienenen Angestellten auf das herzlichste begrüßte.

Als erster Redner ergriff Kam. Statter aus Krakau das Wort, welcher in seinem Referate auf die beabsichtigte oder bereits durchgeführte Verschlechterung der Errungenschaften der Angestellten durch das bestehende System hinwies. Die Kapitalisten lassen nichts unversucht, um die Angestellten- und Arbeiterschaft ihrer erkämpften Rechte zu berauben und sie in den Zustand der Sklaverei zurückzuversetzen, wie er vor Jahrzenhten bestanden hat. Die Kodifikationskommission ist an der Arbeit, das bestehende Gesetz über Arbeitsbedingungen auf eine Art und Weise abzuändern, die jeder Beschreibung spottet. Nach den bestehenden Gesetzen ist eine Kündigungsfrist von 3 Monaten für den Angestellten vorgesehen. Nach dem neuen Projekt der Kodifikationskommission wird dem Arbeitgeber das Recht eingeräumt, wenn er mit dem Arbeitnehmer ein Arbeitsverhältnis mit einer täglichen Entlohnung abschließt, denselben täglich zu entlassen, bei einer 14tägigen Entlohnung 3 Tage Kündigung, bei einer monatlichen Entlohnung 14 Tage Kündigung, also schlimmer wie bei den physischen Arbeitern. Der Unternehmer kann den Angestellten während des Urlaubes, der Waffenübung, der Ausübung der Funktion eines Beisitzers im Arbeits- oder Schwurgericht, nach dem be-

stehenden Gesetze nicht kündigen, im Krankheitsfalle erst nach drei Monaten. Das neue Projekt wird dem Unternehmer die Möglichkeit geben in den erwähnten Fällen die Kündigung durchzuführen, mit Ausnahme im Krankheitsfalle, wo der Angestellte nach vierwöchentlicher Krankheit fristlos entlassen werden kann. Erhalten bis dato die Hinterbliebenen nach einem verstorbenen Angestellten, welcher in einem Betriebe 10 Jahre beschäftigt gewesen ist eine einmonatliche, bei einer Beschäftigungsdauer von über 20 Jahre eine dreimonatliche Abfertigung, so ist in dem Projekte der Kodifikationskommission dieser Punkt gestrichen. Die Kapitalisten nützen die Wirtschaftskrise auf das äußerste aus und zwingen den Angestellten in vielen Fällen zur Ueberstundenarbeit, trotz der großen Arbeitslosigkeit. Der Angestellte verlangt aus Furcht vor der Kündigung nicht sofort die Bezahlung der Ueberstunden. erst nach seiner Entlassung. Nach einem Urteil des Obersten Gerichtshofes hat der Angestellte das Recht auf Bezahlung der Ueberstunden, wenn der Arbeitsinspektor die Bewilligung zur Ueberstundenarbeit erteilt. Ist heute für Forderungen wie z. B. für nicht bezahlte Urlaube, Bilanz-Gelder usw. im gewesenen österreichischen Gebiete eine dreijährige, in Kongreßpolen eine fünfjährige Verjährungsfrist vorgesehen, so verliert nach dem neuen Projekte der Angestellte nach 6 Monaten das Recht auf diese Forderungen. Der Lewiatan kommt mit weiteren Forderungen, indem er verlangt, daß nur jene Leute als geistige Arbeiter anerkannt werden sollen, die eine entsprechende Schulbildung besitzen, ungeachtet auf die Qualifikation des Betreffenden. Die Behauptung des Lewiatan, daß an der Wirtschaftskrise die sozialen Lasten, welche die Unternehmer zu tragen haben, schuldtragend sind, entbehrt jeder Grundlage, denn nach einer Errechnung eines Ministerialbeamten betragen die sozialen Lasten nur 1 Prozent der Produktionskosten.

Nicht besser sieht es in den sozialen Institutionen aus, auch dort sollen die bestehenden Institutionen zu ungunsten der Versicherten abgeändert werden. In Zeiten, wo die Sozialisten die Mehrheit in den Vorständen der Krankenkasse innehatten, erhielten in den meisten Krankenkassen die Versicherten im Falle der Krankheit durch 52 Wochen ihre Unterstützung. Nach der Uebernahme der Krankenkassen durch die Kommissare wurden die Unterstützungen von 52 auf 39 Wochen gekürzt. Eine weitere Verschlechterung in diesem Institut ist vorgesehen, die Unterstützungsdauer soll auf 26 Wochen, die Unterstützung selbst um 50 Prozent abgebaut werden. Das Recht auf eine Hilfe in der Krankenkasse wird aber der Versicherte erst dann besitzen, wenn er eine Mitgliedschaft von 4 Wochen in der Krankenkasse nachweisen kann. Jedoch hat der Minister für soziale Fürsorge das Recht, wenn die Mittel einer Krankenkasse nicht ausreichen, die erwähnten Unterstützungen noch weiter zu kürzen.

Katastrophal sieht es mit den Angestellten in der Pensionsversicherung aus. Die Pensionsversicherungen verfügen über große Summen, die von den Angestellten eingezahlt worden sind, leider kann der Angestellte im Notfalle nur wenig davon genießen. Die Unterstützungsdauer im Falle der Arbeitslosigkeit wurde schon gekürzt, die Unterstützung soll durchschnittlich um 28 Prozent abgebaut werden. Die Pensionsversicherung in Lemberg hat für den Monat Dezember den Angestellten nur 25 Prozent der ihnen gebührenden Arbeitslosen-Unterstützung ausbezahlt. Die Pensionsversicherungen motivieren dieses Vorgehen damit, daß in den Kassen kein Geld für die Arbeitslosen vorhanden ist und in dieser Zeit soll die Stadt Krakau von der Pensionsversicherung in Lemberg eine Anleihe von 1 Million Zloty erhalten. Die Unternehmer schulden dieser Anstalt für nicht gezahlte Beiträge, die aber den Angestellten abgezogen worden sind, 3 Millionen Zloty. Dem Angestellten muß in seiner kritischen Lage geholfen werden. Es nützt keine Ausrede, daß der Arbeitslosenfonds nicht über so viel Mittel verfügt. Um dem Arbeitslosen die ihm gebührende Unterstützung auszuzahlen, muß das Geld aus dem anderen Fonds genommen werden, denn auf Unterstützung im Altersfalle kann er nicht rechnen, wenn er heute vor Hunger sterben muß.

Der Lebensstandard des Angestellten ist so tief gefallen, daß er heute nur dahinvegetiert, denn seine Entlohnung für geleistete Arbeit genügt kaum auf das allernotwendigste, von einer geistigen Nahrung ist keine Rede. Die Angestellten sind bereits zu Bettlern herabgesunken. Die arbeitslosen Angestellten sind zum Betteln verurteilt, und dies in einer Zeit, wo die Magazine mit Vorräten vollgestopft sind. Redner schloß seine Ausführungen mit dem Appell an die Versammelten, die Organisation zu stärken und einen rücksichtslosen Kampf gegen das bestehende Wirtschaftssystem aufzunehmen und sich dadurch eine bessere Lebensmöglichkeit zu schaffen. Reicher Beifall wurde dem Referenten Kam. Statter für seine Ausführungen zuteil.

Als zweiter Redner ergriff Gen. Lukas das Wort, welcher auf die verrückte Wirtschaftsmethode des Kapitalismus zu sprechen kam. Schaffensfreudige Menschen sind zum Feiern und dadurch zum Hungern verurteilt. Die Kapitalisten vernichten die Ernten, verbrennen Getreide, Baumwolle usw., damit nur die Preise am Weltmarkt erhalten werden, wo auf der anderen Seite Millionen Menschen vor Hunger zugrunde gehen, Menschen nackt herumlaufen, frierend in den Löchern hocken. Diesem Uebel kann nur eine gut organisierte Arbeiter- und Angestelltenschaft abhelfen, durch den Kampf gegen das bestehende Unrecht, denn viele Angestellte unterstützen bewußt oder unbewußt das heutige System und verlängern so die Lebensdauer des bestehenden morschen kapitalistischen Systems. Gen. Lukas stellte an die Versammelten das Ersuchen, sich enger zusammenschließen, nur Einigkeit macht stark. Auch diesem Redner wurde reicher Beifall zuteil.

An der Debatte beteiligten sich mehrere Kameraden, welche einstimmig dafür eintraten, die Reihen der freien Angestellten-Gewerkschaft zu stärken, um den Kampf um eine bessere Lebensweise erfolgreich durchführen zu können. Auf Wunsch aller Versammelten wurde ein Antrag angenommen, in kürzester Zeit eine allgemeine öffentliche Angestellten-Versammlung abzuhalten. Nach durchgeführter Debatte verlas Kam. Dziki in polnischer, Kam. Philipp in deutscher Sprache nachstehende Resolution, welche von den Versammelten einstimmig angenommen wurde:

„Resolution:

beschlossen bei der am Sonntag, den 29. Januar 1933 im Lokale des Herrn Feiner in Bielsko tagenden Protestversammlung der Angestellten von Bielitz-Biala u. Umg.

Die Versammelten stellen fest, daß die fortwährenden Verschlechterungen des Angestellten- Pensionsversicherungsgesetzes sowie der allgemeinen Verschlechterung der Lage der Angestellten lediglich auf Wunsch der Vermögenden durchgeführt wird, und nur auf Kosten der Angestellten erfolgen, wogegen die Versammelten aufs Entschiedenste protestieren.

Die Versammelten protestieren weiter gegen die Kürzung der Unterstützungen von 9 auf 6 Monate.

Die Versammelten protestieren gegen die Nichtauszahlung der laut Gesetz gebührenden Arbeitslosen-Unterstützungen und stellen fest, daß diese Verordnung eine Vergehen gegen die Gesetze sei.

Die versammelten Angestellten verwahren sich auf das Entschiedenste gegen die beabsichtigte Verschmelzung der drei Institutionen, Pensionsversicherungsanstalt, Krankenkasse und Unfallversicherung in eine Institution und protestieren gegen das System der Doppelverdiener.

Die Versammelten protestieren auf das energischeste gegen die Einsetzung der Kommissare in die Verwaltungen der Pensionsanstalten und fordern die sofortige Ausschreibung von geheimen und proportionellen Wahlen für die Pensionsanstalten sowie andere Sozialinstitutionen.

Die Versammelten stellen fest, daß das neue Vereins- sowie Versammlungsgesetz eine Behinderung der freien Entwicklung der Vereinstätigkeit ist und fordern die Aufhebung desselben.

Ferner fordern die Versammelten die Ausdehnung der in Oberschlesien geltenden Gesetze über die Kollektivverträge und Arbeitslosenvermittlung auf Teschner-Schlesien sowie den Bialaer Bezirk.

Außerdem fordern die Anwesenden eine ausgiebige Unterstützung für alle diejenigen Angestellten, welche die gesetzliche Unterstützung erschöpft haben, sowie alle anderen, die keinen gesetzl. Anspruch auf dieselbe erworben haben.

Zum Schluß stellen die Versammelten fest, daß die Wahrung der Interessen aller Angestellten ohne Unterschied der Konfession und der nationalen Unterschiede die freie Gewerkschaft vertritt, und erklären eine rege Werbeaktion für den Verband der Industrie- und Privatangestellten zu entfalten."

Kamerad Dziki unterstrich in seinem Schlußworte die Bedeutung des Freien Angestellten-Verbandes hier am Orte, durch welchen die Angestellten große Vorteile erzielten, jedoch durch ihre eigene Indolenz sehr viel verloren haben. Kam. Dziki ermahnte die Versammelten, ihre Pflicht zu erfüllen, für den Freien Angestellten-Verband Mitglieder zu werben und schloß die spannend verlaufene Protestversammlung mit Dankesworten an die Erschienenen.

Sache der gesamten Angestelltenschaft wird es sein, sich endlich zu besinnen und von jeder Eigenbrödelei endlich abzulassen. Das kapitalskräftige Unternehmertum ist ohne Unterschied von Nation und Konfession im Lewiatan (Verband aller Unternehmer Polens) recht stramm und einheitlich organisiert. Dieser Lewiatan ist der Haupttreiber zur gänzlichen Beseitigung der ohnehin unzulänglichen Sozialgesetzgebung. Die Angestelltenschaft, welche durch die Wirtschaftskrise bis zum Hungertode getrieben wird, leistet sich noch den Luxus, in mehreren Verbändchen zersplittert zu sein. Dadurch kann diesem scharfmacherischen und ausbeutungsgierigen Lewiatan kein ernster Widerstand entgegengesetzt werden. Jetzt gilt es zu kämpfen oder unterzugehen. Mit der Bequemlichkeit ist es zu Ende. Mancher Angestellte, welcher glaubte, eine Lebensstellung beim Unternehmer zu haben, muß jetzt die bittere Erfahrung machen, daß er auch rücksichtslos aufs Pflaster gesetzt wird, wenn es das Profitinteresse des Unternehmers erfordert. Obendrein hat er jetzt nicht einmal die Gewähr, eine Arbeitslosenunterstützung oder Pension zu erhalten. Die Zukunft der Angestellten ist daher sehr trübe. Deshalb haben die Angestellten bei einem Kampfe um ihre Existenz nichts mehr zu verlieren, aber viel zu gewinnen! —

Bielitz und Umgebung

Was für die Neger Recht ist...

In der Salzburger „Katholischen Kirchenzeitung führt ein Südtiroler Geistlicher Klage über die Mitwirkung der kirchlichen Oberbehörden an dem schändlichen Entnationalisierungswerk, das der Faschismus an den deutschen Südtirolern verbricht. Er erinnert daran, daß der Papst „unausgesetzt für Missionsländer die Heranbildung eingeborener Priester für die Missionsarbeit und die Seelsorge unter den Bekehrten" verlangt und ausdrücklich erklärt hat, daß „die Gläubigen ein natürliches und übernatürliches Recht auf die Erteilung des Religionsunterrichtes und die Seelsorge in ihrer Muttersprache haben..." Und da stellt nun der Geistliche die Frage, ob die Tiroler nicht soviel Anspruch auf Rücksicht und Recht haben wie die Wilden in den überseeischen Ländern, auf den entlegenen Inseln des Weltmeeres, in den Steppen Asiens oder Afrikas. Das Volk erwartet Schutz vom Oberhirten gegen die unerhörten Eingriffe des sich vergottenden Staates und seiner nationalistisch überspannten Regierung". Der Papst wird, so meint dazu die „Arbeiter"-Zeitung, die Antwort auf die Frage wohl schuldig bleiben, er wird weiter eingeborene Priester für die Neger und Papua fordern und die deutschen Südtiroler weiter den geistlichen Handlangern des italienischen Faschismus ausliefern — denn der Verrat an den deutschen Bauern Südtirols war wohl ein Teil des Preises, um den der Papst seinen Frieden mit Mussolini gemacht hat.

Einbruchsdiebstahl. In der Nacht zum 1. Februar drangen Spitzbuben in das Haus des Georg Linnert Nr. 319 ein, und stahlen 75 Kg. Weizenmehl, 25 Kg. Kornmehl und 40 Kg. Weizen. Einen Sack mit 100 Kg. Brotmehl haben die Einbrecher stehen gelassen. Wahrscheinlich war er ihnen zu schwer. Der Schaden beträgt gegen 65 Zloty.

Kundmachung. Auf dem Gebiete der Stadt Biala wurde eine Geldbörse mit einem kleinen Geldbetrage gefunden, welche der Verlustträger am Bialaer Magistrat, Kanzlei Nr. 3 in den Amtsstunden abholen kann.

„Wo die Pflicht ruft!"

An die Arbeiterschaft von Bielitz-Biala und Umgebung! Montag, den 6. Februar l. Js., um 4,30 Uhr nachm. wird im Arbeiterheim Bielsko vom Gen. Senator Dr. Groß ein Vortrag über das Thema: „Auf welche Weise kann die Wirtschaftskrise ein baldiges Ende finden" abgehalten im Sinne des letzten Beschlusses der Zentralgewerkschaftskommission. Mit Rücksicht auf die große Bedeutung des Themas für die Arbeiterschaft wird zum zahlreichen Besuche aufgefordert. Die Bezirksgewerkschaftskommission von Bielitz-Biala und Umgebung.



Das neue französische Kabinett stellt sich vor

Das von Daladier gebildete neue französische Kabinett stellte sich nach der Vereidigung den Photographen: (erste Reihe, von links) de Monzie, Unterrichtsminister — Danielou, Volkswohlfahrtsminister — Chautemps, Innenminister — Daladier, Ministerpräsident — Paul-Boncour, Außenminister — Eyac, Postminister.

Stilblüten

Im Buche „Wildbad als Kurort“, von Dr. Paul Schober, Verlag Ernst Loebisch, Wildbad, heißt es: „Ununterbrochen und seiner natürlichen Reize nicht beraubt, wirft sich das Thermalwasser vom warmen Busen der Erde weg in die weitgeöffneten Arme der Badezellen.“

Aus dem Roman „Das Rätsel“, von Else Rema: „Ihre brennend roten Augen krümmten sich in Hohn.“

Aus dem Feuilleton der „Neuen Freien Presse“, vom 19. Juni 1932: „Die Bildnisse des Oskar Wilde“ von Emil Kläger: „Nach verbüßter Strafe verläßt der Dichter England und begibt sich nach Paris. Das Zuchthaus schwimmt lautlos hinter ihm her.“ —

Aus dem Roman „Eine Insel mitten im Meer“, von Alice Gruner: „Christian Raalge beugte sich über den Bootsrand und spuckte mit dem Tabakspeichel zugleich ein aufsteigendes Lachen aus.“ — „Aber sie hatte nicht geweint, sie erbrach nur das Wasser, das sie schluckte, dann lachte sie ihn mit klappernden Zähnen an.“

Aus dem Roman „Theater um Maria Thul“, von Otto Zarek („Neue Freie Presse“ vom 4. September 1932): „Ihre Augen lachten; dann ihre schmutzig-gelben Zähne und der Fettansatz vom Kinn.“

Aus der „Neußer Zeitung“: Gestern feierten die Eheleute Johann Cremer und Magdalena geb. Moelders aus Büttgen-Weilerhöfe das Fest ihrer goldenen Hochzeit. Das Jubelpaar ist 78 Jahre alt und selten frisch und rüstig. Zwei Söhne fielen im Weltkriege. — Wir gratulieren, noch nachträglich!

Rundfunk

Kattowitz und Warschau.

Gleichbleibendes Werktagsprogramm

11,58 Zeitzeichen, Glockengeläut; 12,05 Programmansage; 12,10 Presserundschau; 12.20 Schallplattenkonzert; 12,40 Wetter; 12,45 Schallplattenkonzert; 14,00 Wirtschaftsnachrichten; 14,10 Pause; 15,00 Wirtschaftsnachrichten.

Sonnabend, den 4. Februar.

13,15: Schulkonzert aus Lemberg. 15,35: Kinderfunk. 16: Briefkasten für Kinder. 16,40: Vortrag. 17: Gottesdienstübertragung aus Wilna. 18,05: Leichte Musik. 19: Verschiedenes. 19,10: Vortrag über Kalifornien. 19,30: Berichte und Presse. 20: Tanzmusik. 21: Sport und Presse. 21,05: Musik. 22,05: Chopinkonzert. 22,40: Feuilleton. 23: Tanzmusik.

Breslau und Gleiwitz.

Gleichbleibendes Werktagsprogramm

6,20 Morgenkonzert; 8,15 Wetter, Zeit, Wasserstand, Presse; 13.05 Wetter, anschließend 1. Mittagskonzert; 13,45 Zeit, Wetter, Presse, Börse; 14,05 2. Mittagskonzert; 14,45 Werbedienst mit Schallplatten; 15,10 Erster landwirtschaftlicher Preisbericht, Börse, Presse.

Sonnabend, den 4. Februar.

11,30: Konzert. 15,40: Die Filme der Woche. 16: Die Umschau. 16,30: Konzert aus Hamburg: 17,30: Das Buch des Tages. 17,55: Der westfälische Frieden als Beginn politischer Neuordnung. 18,20: Stunde der Musik. 18,50: Schallplatten. 19,30: Der Zeitdienst berichtet. 20: Konzert. In der Pause: Abendberichte. 22: Zeit, Wetter, Tagesnachrichten und Sport. 22,30: Aus Berlin: Festvorstellung zugunsten der in Not befindlichen Kriegsbeschädigten.

Versammlungskalender

Bergbauindustriearbeiterversammlungen

Sonntag, den 5. Februar.

Zawodzie-Myslowitz. Vorm. 8,30 Uhr, Vorstandssitzung; 9,30 Uhr, Versammlung bei Posch. Referent zur Stelle.

Krol.-Huta. Vorm. 9½ Uhr im Volkshaus. Ref. zur Stelle.

Anhalt. Nachm. 2½ Uhr, bei Berger. Ref. zur Stelle. **Stellungnahme zu der diesjährigen Generalversammlung!**



Erstes Bild von der Schlacht um Schanhaikwan

Japaner, die in dem Operations-Gebiet Shanhaikwan verwundet wurden, werden in einen Sanitätszug gebracht. — Die plötzliche Offensive der Japaner an der mandschurisch-chinesischen Grenze, die von der Weltmeinung so sehr verurteilt wurde, hat auch dem Angreifer schwere Verluste verursacht. Die Chinesen, die nur über eine mangelhafte Ausrüstung verfügen, wehrten sich an vielen Stellen mit dem Mut der Verzweiflung und einer aufopfernden Hingabe für ihr Vaterland. Freilich aller Heldenmut nützte ihnen nichts und die Japaner erreichten durch die Ueberlegenheit ihrer Waffen alles, was sie sich vorgenommen hatten.

Maschinisten und Heizer.

Generalversammlungen.

Königshütte. Am Sonntag, den 5. Februar, im Volkshaus, früh 10 Uhr.

Pünktliches Erscheinen und Mitbringen des Mitgliedsbuches ist Pflicht.

Arbeiterwohlfahrt.

Kattowitz. Am Montag, den 6. Februar, nachmittags 3 Uhr, findet im Parteibüro eine wichtige Vorstandssitzung statt, zu welcher auch die Mitglieder des Nähstubenkomitees eingeladen sind.

Arbeiter-Sängerbund.

Der nächste Chorführerkursus findet am Sonntag, den 5. Februar, statt. Violinen sind mitzubringen, da u. a. ein Violinduett einstudiert wird.

Bezirksarbeitersekretariat des A. D. G. B.

Nikolai. Die nächste Beratungsstunde findet am Mittwoch, den 8. Februar d. Js., zur gewohnten Zeit im Lokal Freundschaft, statt. Koll. Knappik ist bestimmt anwesend.

Wochenplan der S. J. P. Katowice.

Sonntag: Heimabend.

Wochenprogramm der D. S. J. P. Königshütte.

Freitag, den 3. Februar: Unterhaltungs-Abend.

Sonnabend, den 4. Februar: Brettspiele.

Sonntag, den 5. Februar: Sprechchor und Heimabend.

Kattowitz. (Freie Turner.) Am Sonntag, den 5. Februar, abends 6 Uhr, findet im Saale des „Zentralhotels“ unsere fällige Generalversammlung statt. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, bei dieser Versammlung anwesend zu sein, zumal wichtige Angelegenheiten zur Verhandlung stehen.

Kattowitz. (Oberschlesischer Freidenkerbund.) Am Sonntag, den 5. Februar, nachmittags 3 Uhr, findet im Saale des „Zentralhotel“ unsere Monatsversammmlung statt. Erscheinen aller Mitglieder dringend erforderlich.

Achtung, Schachinteressenten! Um die Kunst des edlen Schachspiels in Arbeiterkreisen zu fördern und zu verbreiten, findet am Donnerstag, den 9. Februar, abends um 7 Uhr, im Saal des Zentralhotels ein Schachlehrkursus für Anfänger statt, zu welchem wir alle diejenigen, welche das Schachspiel erlernen wollen, hiermit einladen. Der Kursus ist kostenlos und findet an jedem Donnerstag statt, und zwar von 7 bis 9 Uhr.

Faschingsvergnügen der Königshütter Kulturvereine! Sonnabend, den 4. Februar d. Js., in den Räumen des Volkshauses großer „Karneval im Eispalast“. **Maskenzwang!** — Einladungen sind noch im Volkshaus, Zimmer 3, erhältlich. Mitglieder der Partei, Gewerkschaften, sowie Kulturorganisationen erhalten bedeutende Preisermäßigung! Um Zuspruch bittet das Festkomitee.

Besucht die Veranstaltungen der freien Kulturvereine. Der **Freie Sportverein Siemianowitz** veranstaltet am Sonnabend, den 4. Februar um 19 Uhr im Saale Uher ein großes und interessantes Maskenvergnügen unter der Devise „Im Zigeunerlager“. Hierbei soll eine Original-Zigeunerkapelle mitwirken. Die Dekoration, sowie die künstlerische Ausgestaltung dieses Festes, liegt in der Hand der auf diesem Gebiete erfahrenen Freien Sänger, so daß den Besuchern bestimmt ein recht schöner Abend bevorsteht. Einladungen bei den Mitgliedern der Freien Sportler und Freien Sänger.

Kostuchna. (D. M. V.) Am Freitag, den 3. Februar, nachmittags 5 Uhr, findet im Lokal des Herrn Krause die fällige Mitgliederversammlung statt. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Referent: Kollege Buchwald.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Schwientochlowitz. Der nächste Vortrag findet am Mittwoch den 8. Februar, abends 7½ Uhr, im bekannten Lokal, statt. Referent: Genosse Sowa.

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den gesamten Inhalt u. Inserate verantwortlich: J. V.: Reinhard Mai, Katowice. Verlag „Vita“ Sp. z ogr. odp. Druck der Kattowitzer Buchdruckerei- und Verlags-Sp.-Akc., Katowice.